



FOLGENABSCHÄTZUNG - FRAGEBOGEN

I. NATIONALE GESETZGEBUNGSINITIATIVE

Allgemeine Leitlinien

- ❖ Bitte konsultieren Sie den **Leitfaden zur Folgenabschätzung (FA)** zur Durchführung der Analyse und zum Ausfüllen dieses Fragebogens (www.reform.gov.cy)
- ❖ Bitte bestätigen Sie, dass die Angelegenheit nicht die Fälle betrifft, die gemäß dem oben genannten Leitfaden zur Folgenabschätzung vom Folgenabschätzungsverfahren ausgeschlossen sind.
- ❖ Für Unterstützung/Anleitung wenden Sie sich bitte an den Verbindungsbeamten Ihres Ministeriums für bessere Rechtsetzung.
- ❖ Für weitere Unterstützung wenden Sie sich bitte an den zuständigen Helpdesk des Teams für bessere Rechtsetzung – E-Mail: impactassessment@presidency.gov.cy
- ❖ Bitte füllen Sie das elektronische Formular aus und senden Sie es per E-Mail an das Team für bessere Rechtsetzung – E-Mail: impactassessment@presidency.gov.cy
- ❖ Der ausgefüllte und ordnungsgemäß unterzeichnete Fragebogen für die Folgenabschätzung sollte dem Legislativvorschlag beigelegt werden, der dem Juristischen Dienst zur Überprüfung der Rechtsvorschriften vorgelegt und gleichzeitig dem Team für bessere Rechtsetzung mitgeteilt werden sollte. Bei Anwendung des SMETest wird der ausgefüllte Fragebogen an die SMETest-Bewertungseinheit zur qualitativen Bewertung der Folgenabschätzung auf kleine und mittlere Unternehmen weitergeleitet.
- ❖ **Wenn die vorgeschlagene gesetzgeberische Maßnahme dem Kabinett zur Genehmigung vorgelegt wird, sollte ihr gegebenenfalls der ausgefüllte Fragebogen für die Folgenabschätzung und die entsprechende Stellungnahme der SMETest-Bewertungseinheit beigelegt werden.**

Abschnitt A: GRUNDLEGENDE ELEMENTE EINES LEGISLATIVVORSCHLAGS		
Titel eines Legislativvorschlags	„(Ratifizierung) (Änderung) Gesetz von 2019 über das Zusatzprotokoll zum Übereinkommen über Cyberkriminalität betreffend die Kriminalisierung rassistischer und fremdenfeindlicher Handlungen, die über Computersysteme begangen wurden“	
Kontaktdaten		
Zuständiges Ministerium	Ministerium für Justiz und öffentliche Ordnung	
Abteilung/Dienststelle/Büro, die/das für die Umsetzung der vorgeschlagenen Rechtsvorschriften zuständig ist	Polizei	
Kontaktinformationen für den für die Durchführung der Folgenabschätzung zuständigen Beamten	Name Nikos Chrysostomou	
	Position: Leitender Polizeileutnant Beamter im Ministerium	
	E-Mail: nchrysostomou@mjpo.gov.cy	
	Telefon-Nr.: 22805906	
Art der Rechtsvorschriften	Auswählen (√)	<i>Nennen Sie kurz die wichtigsten Bestimmungen¹ der neuen Rechtsvorschriften oder gegebenenfalls die wichtigsten Bestimmungen, die geändert, ersetzt, aufgehoben oder kodifiziert werden.</i>
Neue Rechtsvorschriften		
(Vollständige) Aufhebung bestehender Rechtsvorschriften		
Änderung/Ersetzung/Aktualisierung/Aufhebung der Bestimmungen bestehender Rechtsvorschriften	√	
Kodifizierung der Rechtsvorschriften		

¹ Im Falle neuer Rechtsvorschriften sollte auf die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzentwurfs verwiesen werden, wobei der Gegenstand, das Ziel, die regulierte Zielgruppe und die durch den Gesetzentwurf eingeführten Grundbestimmungen genannt werden. Für den Fall, dass diese bestehende Regelung vollständig aufgehoben wird, besteht kein Erfordernis, die einzelnen Bestimmungen zu ermitteln.

ABSCHNITT B AUFZEICHNUNG DER ERGEBNISSE DER FOLGENABSCHÄTZUNG

B1	NOTWENDIGKEIT UND AUSRICHTUNG DER INTERVENTION	<i>Kurze Beschreibung des Problems, der Notwendigkeit und der Ergebnisse der vorgeschlagenen Regulierungsmaßnahmen</i>
B1.1	Gegenstand/Ziel/beabsichtigte Ergebnisse aus der Umsetzung der Rechtsvorschriften	Der Gesetzentwurf zielt darauf ab, das (Ratifizierungs-)Gesetz über das Zusatzprotokoll zum Übereinkommen über Cyberkriminalität betreffend die Kriminalisierung rassistischer und fremdenfeindlicher Handlungen, die über Computersysteme begangen wurden, zu ändern (Gesetz 26(III)2004), damit polizeiliche Ermittler in jedem Stadium einer polizeilichen Untersuchung, die im Zusammenhang mit der Begehung einer im Grundgesetz genannten Straftat durchgeführt wird, auf Anordnung des Polizeichefs und nach Zustimmung des Generalstaatsanwalts einseitig die Entfernung von Websites und/oder das Sperren des Zugangs der Nutzer zu Websites, die rassistisches oder fremdenfeindliches Material enthalten, und/oder die Sperrung des Zugangs zu den zuvor genannten Websites für Internetnutzer in der Republik Zypern beantragen können.
B2	BEWERTUNG ALTERNATIVER OPTIONEN	<i>Beschreibung der geprüften Rechts- und/oder sonstigen Vorschriften (einschließlich <u>nicht erlassener</u> Bestimmungen, falls diese Option bewertet wurde)</i>
B2.1	Erste Option (empfohlen)	-----
B2.2	Zweite Option	-----
B2.3	Dritte Option	-----
	...	-----
B2α	Begründung der vorgeschlagenen Option	-----
B3	KONSULTATION	<i>Beschreibung des Konsultationsverfahrens</i>
B3.1	Wurden bei der Ausarbeitung der vorgeschlagenen Rechtsvorschriften und/oder der Durchführung der einschlägigen	NEIN

	Folgenabschätzung im Öffentlichen Dienst (z. B. andere Ministerien/Dienste/Abteilungen) Konsultationen durchgeführt?	
B3.2	In welchem Stadium wurden die Konsultationen im Öffentlichen Dienst , und mit welchen Ministerien/Diensten durchgeführt und was waren die wichtigsten Ergebnisse (zusammenfassend)? <i>[Bitte fügen Sie alle sachdienlichen Unterlagen bei]</i>	-----
B3.3	Wurden Vertretungen anderer Interessengruppen bei der Ausarbeitung der vorgeschlagenen Rechtsvorschriften und/oder bei der Durchführung der einschlägigen Folgenabschätzung konsultiert?	JA Kommissar für elektronische Kommunikation und Postregulierung, Kommissar für die Verwaltung.
B3.4	In welcher(n) Phase(n) fand die Konsultation mit anderen Interessengruppen statt?	<i>(z. B. Problembewertung und Notwendigkeit der Intervention, Bewertung von Alternativen, Datenerhebung, Folgenabschätzung, Ausarbeitung von Rechtsvorschriften)</i> In der Phase vor der endgültigen Ausarbeitung des vorgeschlagenen Änderungsgesetzes
B3.5	Welche waren die weiteren Interessengruppen , die konsultiert wurden? Sollte der Vorschlag finanzielle Auswirkungen auf die Unternehmen haben, erläutern Sie bitte, ob Vertretungen der Wirtschaft, insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen, konsultiert wurden.	<i>(z. B. soziale Gruppen, Wirtschaftsvertreter, Umweltorganisationen)</i> Mit Internetdiensteanbietern: MTN, ATHK, Primetel und der Universität Zypern, Technische Universität Zypern.
B3.6	Welche Methoden wurden zur	<i>(z. B. Diskussionen/Beratungen, schriftliche Kommunikation, öffentliche Anhörungen, Zielgruppen,</i>

	Durchführung der Konsultation mit anderen Interessengruppen in jeder Phase angewandt und wie war die Dauer der Konsultation in jedem dieser Fälle?	<i>Einbeziehung von Experten, Online-Beiträge)</i> Bekanntgabe des Gesetzentwurfs an diese Gruppen unter Bezugnahme auf die Gründe für seine Regelungen. Anschließend gaben die Interessengruppen ihre Antworten/Stellungnahmen ab.	
B3.7	Was sind die wichtigsten Ergebnisse der Konsultation mit anderen Interessengruppen ? <i>[Bitte fügen Sie alle sachdienlichen Unterlagen bei]</i>	Das angestrebte Ergebnis der Änderung ist technisch machbar.	
B4	WIRTSCHAFTLICHE AUSWIRKUNGEN	<i>Bewertung der potenziellen wirtschaftlichen Auswirkungen auf die verschiedenen betroffenen Gruppen</i>	
	Wurde eine spezifische Wirtschaftsstudie zum Thema/zum Zweck der vorgeschlagenen Rechtsvorschriften ausgearbeitet? <i>[Wenn ja, bitte beifügen]</i>	Ja	Nein ✓
<i>I. Schätzung der wirtschaftlichen Auswirkungen der vorgeschlagenen Rechtsvorschriften auf Bürger/Haushalte</i>			
B4.1	Betrifft und/oder beeinflusst dies Bürger/Haushalte? <i>[Wenn ja, bitte fortfahren; falls nein, gehen Sie bitte zur Frage B4.4]</i>	Ja/Nein	Bitte geben Sie weitere Einzelheiten an.
		Nein	Betroffen sind Internetdiensteanbieter (ISPs), Betreiber von Websites oder Webseiten.
B4.2	Sind die finanzielle Situation und/oder das Verbraucherverhalten von Haushalten oder verschiedenen Bevölkerungsgruppen betroffen?	Nein	
B4.3	Wird davon ausgegangen, dass es Auswirkungen auf den administrativen Aufwand oder die Compliance-Kosten haben wird?	Nein	
B4.3a	Bewertung des Verwaltungsaufwands (VA) für	<i>(Antwort in EUR)</i> _____	

	Bürger			
B4.3b	Geben Sie Gründe für den Fall an, dass ein Verwaltungsaufwand für Bürger besteht, der nicht quantifiziert werden kann, und analysieren Sie kurz die entsprechenden erwarteten Auswirkungen unter Berücksichtigung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen auf der Grundlage eines qualitativen Ansatzes.	-----		
II. Bewertung der wirtschaftlichen Auswirkungen der vorgeschlagenen Rechtsvorschriften auf Unternehmen² [Geben Sie an, wo die Auswirkungen für kleine und mittlere Unternehmen, insbesondere für kleine und/oder Kleinstunternehmen, erheblich und unverhältnismäßig höher sein werden — {SMETest}]				
B4.4	Betrifft und/oder beeinflusst dies das Geschäft? Wenn ja, in welchen Wirtschaftszweigen ³ sind Unternehmen direkt oder indirekt betroffen? <i>[Wenn Ja, bitte kurz erläutern und fortfahren; falls Nein, gehen Sie bitte zur Frage B4.12]</i>	Ja/Nein	Bitte geben Sie weitere Einzelheiten an.	
		Ja	Betroffen sind Internetdiensteanbieter (ISPs), die verpflichtet sind, den Zugang ihrer Kunden zu Websites zu sperren, die rassistisches oder fremdenfeindliches Material enthalten oder verbreiten, sowie Unternehmen, die Website- oder Webseiten-Hosting-Dienste anbieten, die Websites und/oder Webseiten entfernen müssen, auf denen rassistische und/oder fremdenfeindliche Inhalte veröffentlicht werden, und/oder Eigentümer/Administratoren solcher Websites/Webseiten.	
B4.	Bitte erfassen Sie (<i>ungefähr</i>) die	Größe	Anzahl der	% der

²Die nachstehenden Antworten sollten die Ansichten der Interessenträger im Rahmen der durchgeführten Konsultationsverfahren berücksichtigen.

³Geben Sie den Sektor auf der Grundlage der Statistischen Systematik der Wirtschaftszweige NACE Rev. 2 an, die vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften erstellt wurde

5	Zahl und die entsprechende Prozentzahl (%) der Unternehmen jeder Kategorie basierend auf der Größe , die von den vorgeschlagenen Rechtsvorschriften betroffen ist.		Unternehmen	Unternehmen
		Sehr klein (<10)	-----	-----
		Klein (<50)	Anzahl der Unternehmen	% der Unternehmen
			-----	-----
		Mittelgroß (<250)	Anzahl der Unternehmen	% der Unternehmen
			-----	-----
		Große (>249)	Anzahl der Unternehmen	% der Unternehmen
			-----	-----
Gesamt	Anzahl der Unternehmen	% der Unternehmen		
	-----	-----		
B4.6	Führt dies zu einer Erhöhung der administrativen Belastung und der Compliance-Kosten für Unternehmen durch zusätzliche gesetzliche Verpflichtungen?	Ja/Nein	Bitte geben Sie weitere Einzelheiten an.	
		Nein	<i>(z. B. Registrierung, Lizenzierung, Benachrichtigung, Meldeverfahren usw.)</i>	
B4.6a	Beurteilung des Verwaltungsaufwands nach Kategorien von Unternehmen und im Allgemeinen aus	<i>(Antwort in EUR)</i>		
		Klein (1-9)	-----	
		Klein (10-49)	-----	
		Mittelgroß (50-249)	-----	

		Gesamtbe- trag für KMU⁴ (1-249)	-----
		Großunter- nehmen (250 +)	-----
		Gesamt	-----
B4. 6b	Geben Sie eine Begründung für den Fall an, dass der Verwaltungsaufwand für Unternehmen nicht quantifiziert werden kann, und analysieren Sie kurz die entsprechenden erwarteten Auswirkungen unter Berücksichtigung der Größe der Unternehmen auf der Grundlage eines qualitativen Ansatzes.		-----
B4. 7	Hat dies Auswirkungen auf die Einnahmen oder Ausgaben von ein Unternehmen?	Ja/Nein	Bitte geben Sie weitere Einzelheiten an.
		Ja	(z. B. zusätzliche Steuern, Gebühren, Subventionen) <i>Die Sperrung des Internetzugangs ist in der zyprischen Rechtsordnung nicht neu. Sie wurde zuerst mit dem Wettgesetz (106(I)12) und anschließend mit dem Gesetz über Kinderpornografie (N91(I)/2014) eingeführt. Daher verursacht der vorgeschlagene Gesetzentwurf keinen neuen Aufwand für ISPs, da sie bereits die erforderliche technische Infrastruktur entwickeln mussten, um die zuvor genannten Gesetze einzuhalten.</i>

⁴Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten mit einem Jahresumsatz von höchstens 50 Mio. EUR oder einer Jahresbilanz von höchstens 43 Mio. EUR.

B4.8	Entstehen Auswirkungen auf die Verfahren, Kosten und/oder Möglichkeiten für Start-ups oder die Expansion der Aktivitäten bestehender Unternehmen ?	Ja	(z. B. Registrierungsverfahren für Unternehmen, Zugang zu Finanzierungen) <i>Ein Unternehmen, das in der Bereitstellung von Internetdiensten tätig sein möchte, muss über die geeignete Ausrüstung verfügen, um die gesetzlich vorgesehenen Maßnahmen ergreifen zu können. Es wird jedoch wiederholt, dass die Sperrung des Internetzugangs in der zyprischen Rechtsordnung nicht neu ist. Sie wurde zuerst mit dem Wettgesetz (106(I)12) und anschließend mit dem Gesetz über Kinderpornografie (N91(I)/2014) eingeführt. Daher verursacht der vorgeschlagene Gesetzentwurf keinen neuen Aufwand für ISPs.</i>
B4.9	Hat dies Auswirkungen auf die inländischen Wettbewerbsbedingungen , auf die Offenheit der zyprischen Unternehmen und allgemein auf ihre Wettbewerbsfähigkeit sowohl auf dem Inlandsmarkt als auch auf dem europäischen oder dem Weltmarkt?	Nein	(z. B. Preisobergrenzen, Produktions- oder Verkaufsquoten, Verkaufsbeschränkungen, Anpassungsanforderungen, Zertifizierung usw.)
B4.10	Entstehen Auswirkungen auf die Möglichkeiten/Kapazitäten von Unternehmen zur Innovation oder zur Teilnahme an Forschungs- und Technologieentwicklungsaktivitäten ? Wird die Umsetzung der vorgeschlagenen Rechtsvorschriften voraussichtlich zur Entwicklung oder Förderung der Entwicklung neuer innovativer Methoden, Produkte oder Dienstleistungen führen?	Nein	(z. B. leistungsbasierte Rechtsvorschriften, technologieneutrale Rechtsvorschriften usw.)
B4.11	Entstehen Auswirkungen auf die Stärkung der elektronischen	Nein	(z. B. Rechtsvorschriften für die Entwicklung oder Förderung von Dienstleistungen, neue

	Governance und die Nutzung von IKT im Allgemeinen, auch für die Zwecke der Einhaltung der Rechtsvorschriften (digitale Compliance)?		Informationssysteme usw.)
ABSCHWÄCHUNG DER AUSWIRKUNGEN {SMETest} [Bitte antworten Sie, wenn kleine und Kleinstunternehmen nicht von der Anwendung der Rechtsvorschriften ausgenommen sind und ein großer und unverhältnismäßiger Verwaltungsaufwand sowohl in Bezug auf andere Unternehmenskategorien als auch im Hinblick auf den Zweck der Rechtsvorschriften auf der Grundlage von Schätzungen in B4.6 oder anderer unverhältnismäßiger Aufwand auf der Grundlage der Antworten in B4.7-B4.11 (siehe unten) entsteht]			
B4.12	Wurden Maßnahmen zur Abmilderung der Auswirkungen oder Ausgleichsmaßnahmen für kleine und Kleinstunternehmen bewertet/gefördert? Wenn ja, was sind diese und warum (z. B. wenn die relativen Auswirkungen unverhältnismäßig sind)? Falls nein, geben Sie bitte die Gründe an.	Ja/Nein Nein	Bitte geben Sie weitere Einzelheiten an. <i>(siehe Beispiele für Abmilderungsmaßnahmen im Leitfaden zur Folgenabschätzung – SMETest)</i>
III. Bewertung der wirtschaftlichen Auswirkungen der vorgeschlagenen Rechtsvorschriften auf die öffentlichen Finanzen und die Wirtschaft			
B4.13	Betrifft dies das und/oder führt dies zu Veränderungen im makroökonomischen Umfeld des Landes? <i>[Wenn ja, bitte fortfahren; falls Nein, gehen Sie bitte zur Frage B5.1]</i>	Ja/Nein Nein	Bitte geben Sie weitere Einzelheiten an. <i>(z. B. wird es positive oder negative Auswirkungen geben, werden direkte oder negative Auswirkungen auf den Staat oder die Rechtsvorschriften entstehen?)</i>
B4.14	Entstehen Auswirkungen auf den Staatshaushalt sowohl mittel- als auch langfristig?	Nein	<i>(z. B. Verringerung/Erhöhung öffentlicher Ausgaben/Einkommen, Finanzierungsbedarf, Nachhaltigkeit des öffentlichen Sektors)</i>
B4.15	Gibt es makroökonomische und/oder andere Auswirkungen auf die Wirtschaft und die Wirtschaftswachstumsaussichten des Landes?	Nein	<i>(z. B. Inflation, Arbeitslosigkeit, Finanzstabilität, Investitionen usw.)</i>
B5	AUSWIRKUNGEN AUF DEN ÖFFENTLICHEN DIENST	Bewertung der potenziellen Auswirkungen der vorgeschlagenen Rechtsvorschriften auf den	

		öffentlichen Dienst und die Verwaltung	
B5.1	Ist der öffentliche Dienst betroffen und/oder beeinträchtigt? <i>[Wenn ja, bitte fortfahren; falls nein, gehen Sie zu Frage B6.1]</i>	Ja/Nein	Bitte geben Sie weitere Einzelheiten an.
		Ja	(z. B. wird es positive oder negative Auswirkungen geben, entstehen indirekte oder negative Auswirkungen?) Die Möglichkeit zum Erlassen von Dekreten wird die Bekämpfung von Rassismus und/oder Fremdenfeindlichkeit erleichtern.
B5.2	Führt dies zu einer Neuorganisation im öffentlichen Dienst ? Wird dies beispielsweise Änderungen bei den Verpflichtungen, Verfahren, Verwaltungsaufgaben und im Allgemeinen der Arbeitsbelastung der betroffenen Einrichtungen bewirken?	Nein	(z. B. Gründung einer neuen Einrichtung, Änderung des Beschäftigungsstatus, Änderung/Übertragung von Zuständigkeiten, Schaffung eines Mechanismus für die Umsetzung und Kontrolle von Rechtsvorschriften usw. oder Änderung der Art der Arbeit, der operativen Verfahren, der Rechnungslegungspflichten, der Informationspflichten usw.)
B5.2 a	Bewertung des Verwaltungsaufwands für den Öffentlichen Dienst	(Antwort in EUR + Erläuterungen) -----	
B5.2 b	Geben Sie Gründe für den Fall an, dass ein Verwaltungsaufwand für den Öffentlichen Dienst besteht, und analysieren Sie kurz die entsprechenden erwarteten Auswirkungen auf der Grundlage eines qualitativen Ansatzes.	-----	
B6	SOZIALE AUSWIRKUNGEN	<i>Bewertung der potenziellen Auswirkungen der vorgeschlagenen Rechtsvorschriften auf soziale Aspekte</i>	
B6.1	Haben die vorgeschlagenen Rechtsvorschriften soziale Auswirkungen? <i>[Wenn Ja, bitte kurz erläutern und fortfahren; falls NEIN, gehen Sie bitte zur Frage B7.1]</i>	Ja/Nein	Bitte geben Sie weitere Einzelheiten an.
		Nein	(z. B. wird es positive oder negative Auswirkungen geben, wird es direkte oder negative Auswirkungen geben?)
B6.2	Wird es Auswirkungen auf die Beschäftigung oder auf die	Nein	(z. B. Nachfrage/Angebot, Mobilität, öffentlicher/privater Sektor,

	Struktur und das Funktionieren des Arbeitsmarktes geben?		Altersverteilung, spezifische Gruppen von Arbeitnehmern, Rolle der Berufsverbände, Arbeitgeber)
B6.3	Wirkt sie sich auf die Beschäftigung und die Arbeitsbedingungen aus?	Nein	(z. B. Arbeitszeiten, Gehälter, Arbeitssicherheit und Arbeitszufriedenheit, Gesundheit und Sicherheit, Karrieremöglichkeiten, Ausbildung/Bildung usw.)
B6.4	Gibt es Auswirkungen auf die Grundsätze und Werte der Demokratie oder auf die Rolle, Rechte, Pflichten und die generelle Beteiligung der Bürger am Funktionieren einer demokratischen Gesellschaft?	Nein	(z. B. Übereinstimmung mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, der Verfassung der Republik Zypern usw.) Obwohl die Verbote, die durch die Anwendung der vorgeschlagenen Änderungen eingeführt werden können, das Recht auf Meinungsäußerung beeinträchtigen, ist diese Beschränkung zulässig, um das Ziel der Begrenzung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und ihrer weiteren Ausbreitung zu erreichen.
B6.5	Gibt es Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit, die Lebensbedingungen, die körperliche oder geistige Gesundheit des Einzelnen oder ihre Möglichkeiten für den Zugang zu Gesundheits- und Sozialleistungen?	Nein	(z. B. Zugang zu Gesundheits- und Sozialdiensten)
B6.6	Gibt es Auswirkungen auf die Gleichstellung (zwischen Geschlechtern, Ethnien, religiösen Gruppen, Menschen mit Behinderungen, Altersgruppen usw.) oder auf Fragen der Nichtdiskriminierung?	Ja	(z. B. in den Bereichen Bildung, Beschäftigung, Zugang zu Finanzmitteln) Das Ziel besteht in der Bekämpfung von Phänomenen, die zur Verletzung der Gleichheit beitragen.
B6.7	Gibt es direkte oder indirekte Auswirkungen (z. B. durch Familie, Gemeinschaft usw.) in Bezug auf die Interessen, Rechte oder Lebensbedingungen von Kindern?	Nein	(z. B. zur Vereinbarkeit mit dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes)
B6.8	Gibt es Auswirkungen auf Fragen der Kriminalität oder der öffentlichen Sicherheit?	Nein	(z. B. Einstellung der Bürger, Kontrollniveau, Strafen, Sicherheitssysteme, Notfalldienste/Mechanismen usw.)
B6.9	Gibt es Auswirkungen auf den territorialen Zusammenhalt	Nein	(z. B. Verfügbarkeit und Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheit, Sozialfürsorge usw.)

	zwischen Regionen unterschiedlicher Art, z. B. städtische Zentren, ländliche Gebiete, Berggebiete oder Küstengebiete, oder auf die Wachstumsaussichten?		Beschäftigungsmöglichkeiten, Förderung von Investitionen, Finanzierung von Wachstum usw.)
B6.10	Gibt es Auswirkungen auf die Verwaltung, den Schutz und die Sicherheit personenbezogener Daten (für Bürger und/oder Unternehmen)?	Nein	(z. B. Rechtsvorschriften für die Einführung und Verwendung elektronischer Signaturen, elektronische Authentifizierung usw.)
B6.11	Gibt es Auswirkungen auf das Niveau und die Wirksamkeit des Bildungssystems, die Entwicklung der Kultur oder den sozialen Zusammenhalt und die Integration junger Menschen?	Nein	(z. B. Wissens- und Kompetenzentwicklung, Berufsberatung usw.)
B7	Folgen für die Umwelt	<i>Bewertung der potenziellen Auswirkungen der vorgeschlagenen Rechtsvorschriften auf die Umwelt und die Umweltleistung</i>	
B7.1	Haben die vorgeschlagenen Rechtsvorschriften irgendeine Form von Umweltauswirkungen? [Wenn ja, bitte kurz erläutern und fortfahren; falls nein, gehen Sie zu Abschnitt C]	Ja/Nein	Bitte geben Sie weitere Einzelheiten an.
		Nein	(z. B. wird es positive oder negative Auswirkungen geben, wird es direkte oder negative Auswirkungen geben?)
B7.2	Wird dies zu Veränderungen bei der Nutzung natürlicher Ressourcen führen?	Nein	(z. B. Wasserressourcen, Boden, Flora und Fauna usw.)
B7.3	Wird dies zu Änderungen der unmittelbaren Nutzung jeglicher Energie oder des Herstellungs-/Verbrauchsverhaltens mit anschließenden Änderungen des Energieverbrauchs führen?	Nein	(z. B. Förderung erneuerbarer Energiequellen)
B7.4	Wird dies zu Änderungen des Verkehrssystems und/oder des Mobilitätsbedarfs der Bürger mit anschließenden Umweltauswirkungen führen?	Nein	(z. B. Förderung der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel, Änderungen des Straßennetzes, Änderungen der Landnutzung usw.)
B7.5	Wird dies Veränderungen	Nein	(z. B. durch eine neue Verordnung über die

	und/oder Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Lebensqualität bewirken?		<i>Nutzung von Flächen, die zu Veränderungen der Schadstoffemissionen, des Lärms usw. führen kann)</i>
B7.6	Wird dies zu Änderungen der Abfallbewirtschaftung durch die zuständigen Behörden führen, einschließlich der Erzeugung von Energie aus Abfällen?	Nein	<i>(z. B. Recycling, umweltverträgliche Preispolitik usw.)</i>
B7.7	Wird dies Veränderungen in der bebauten Umwelt, der städtischen Landschaft, den Gebieten oder Stätten eines bedeutenden kulturellen Erbes usw. bewirken?	Nein	<i>(z. B. Änderung der Planungsfaktoren, Flächennutzung usw.)</i>
B7.8	Wird dies Auswirkungen auf den Klimawandel oder die Möglichkeiten zur Eindämmung oder Anpassung an den Klimawandel haben?	Nein	<i>(z. B. Förderung von Programmen zur Anpassung an den Klimawandel)</i>

C. ZUSAMMENFASSUNG DER ERGEBNISSE DER FOLGENABSCHÄTZUNG			
<i>[Dieser Abschnitt kann für die Veröffentlichung der Ergebnisse der Folgenabschätzung verwendet werden]</i>			
Auf der Grundlage der Antworten auf die oben genannten Fragen ausfüllen			
NATIONALE GESETZGEBUNGSINITIATIVE			
Folgenabschätzungseinheiten	Verwandte Fragen	Zusammenfassung der Hauptergebnisse der Analyse (maximal 10 Zeilen pro Einheit)	nicht zutreffend
1. Notwendigkeit des Vorschlags und Bewertung alternativer Optionen	B1-B2.	Die genannte Änderung ist eine notwendige Maßnahme zur Bekämpfung der Veröffentlichung und/oder Verbreitung von illegalem rassistischem oder fremdenfeindlichem Material über das Internet. Die Technologie bietet derzeit verschiedene Anwendungen, die eine anonyme Nutzung des Internets ermöglichen. Dies kann von Menschen ausgenutzt werden, die damit ein feindliches Klima gegen bestimmte Gruppen von Menschen schaffen oder	

		Sympathisanten gewinnen möchten.	
2. Konsultationsverfahren	B3	Das Änderungsgesetz wurde vor seiner Fertigstellung dem Kommissar für die Verwaltung und dem Kommissar für elektronische Kommunikation und Postregulierung sowie den Internetdiensteanbietern mitgeteilt. Ihre Ansichten wurden bei der Fertigstellung berücksichtigt.	
3. Wirtschaftliche Folgenabschätzungen	B4	-----	
4. Folgenabschätzung für den öffentlichen Dienst	B5	Positive Auswirkungen aufgrund der den Strafverfolgungsbehörden zur Verfügung gestellten Instrumente, um das Aufkommen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit über Computersysteme zu bekämpfen	
5. Abschätzung der sozialen Folgen	B6	Begrenzung der Verbreitung und des Einflusses von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit über Computersysteme	
6. Umweltverträglichkeitsprüfung	B7		✓
7. Bewertung des Verwaltungsaufwands	B4.3, B4.6, B5.2		✓
8. Spezifische Auswirkungsanalyse für kleine und mittlere Unternehmen {SMETest-Zusammenfassung}	B4.4 - B4.12		✓

ÜBERPRÜFUNG DURCH DAS ZUSTÄNDIGE MINISTERIUM	
<i>Es wird bestätigt, dass der Inhalt der obigen Folgenabschätzung überprüft wurde und die Ergebnisse vom Generaldirektor des Ministeriums validiert wurden.</i>	
Unterschrift:	
Voller Name	Nikos Chrysostomou
Titel/Ministerium	Ministerium für Justiz und öffentliche Ordnung
Datum	25.2.2019

SMETEST-QUALITÄTSBEWERTUNG (falls zutreffend)					
<p>[Dieser Abschnitt ist <u>von einem Vertreter der SMETest-Bewertungseinheit auszufüllen</u>]</p> <p>Bitte füllen Sie auf der Grundlage der einschlägigen Bewertung der Höhe/Qualität der Analyse aus. in jeder Untereinheit und insgesamt [Markieren Sie mit \checkmark die zutreffendste Antwort zwischen U - Unzureichend, Z - Zufriedenstellend und C - Vollständig ausfüllen und bei Bedarf erklären]</p>					
Einheit	I	U	C	Nicht zutreffend	Kommentar/Erklärung
1. Notwendigkeit eines Vorschlags und Bewertung alternativer Einstellungsoptionen					
2. Konsultationsverfahren - Einbeziehung der Wirtschaft					
3. Auswirkungsanalyse insgesamt und in einzelnen Unternehmenskategorien					
4. Förderung oder Gründe für die Nichtförderung von Abmilderungsmaßnahmen (falls zutreffend)					
Gesamtbewertung von SMETest					
KMU-TESTBEWERTUNGSVERFAHREN					
Eingangsdatum des ausgefüllten Fragebogens					
Datum des Abschlusses von SMETest					
EMPFEHLUNGEN/VORTEILE					

Empfehlungen an das zuständige Ministerium:	
Bemerkungen an das Ministerkabinett:	
KONTAKTDATEN	
Kontakt­daten des Vertreters der SMETest-Bewertungseinheit	Name:
	E-Mail:
	Telefon-Nr.:
Unterschrift:	